

Eine Gewaltspirale mit langer Vorgeschichte

Die Tagliavini-Kommission klärt die Frage der Kriegsschuld im Kaukasus, darf aber keine Empfehlungen geben

Der Krieg um Südossetien lässt sich nur verstehen, wenn man die Eskalation zuvor berücksichtigt. Die Tagliavini-Kommission untersuchte diese Vorgeschichte, doch an aktuellen Empfehlungen ist die EU nicht interessiert.

Eric Gujer

Es geschieht selten, dass die EU eine Schweizer Diplomatin mit einer Untersuchung betraut. Doch bei einem heiklen Dossier ist Neutralität von Vorteil, vor allem dann, wenn die EU-Staaten unterschiedlicher Meinung sind, wer recht und wer unrecht hat. So kam Heidi Tagliavini zum Zug, die Kaukasus-Spezialistin des Schweizer Aussenministeriums und frühere Uno-Sonderbeauftragte für Georgien. Die von ihr präsidierte Kommission sollte herausfinden, wer die Schuld am russisch-georgischen Krieg im August 2008 trägt.

Unheilvoller Befehl

Am einfachsten konnten Tagliavini und ihre Mitstreiter noch klären, was den unmittelbaren Auslöser für die Kampfhandlungen bildete: Am späten Abend des 7. August, um 23 Uhr 35, begann die georgische Armee auf Befehl ihres Präsidenten Micheil Saakaschwili, den südossetischen Hauptort Zchinwali erst mit Rauchgranaten und dann mit Artilleriegranaten zu beschliessen. Die in Südossetien stationierten russischen Einheiten – «Friedenstruppen» mit Uno-Mandat, in Wahrheit aber eine einseitige Schutzmacht der Osseten – beantworteten das Feuer. Die Schuld für die unmittelbaren Ereignisse des 7. August liegt also bei Georgien.

Die Nacht des Kriegsausbruchs lässt sich jedoch nicht ohne die Vorgeschichte beurteilen. In einem zweijährigen Sezessionskrieg hatte Südossetien die faktische Unabhängigkeit erreicht, die 1993 und 1994 in Waffenstillstandsvereinbarungen besiegelt wurde. Doch seit dem Jahr 2006, so urteilt der Bericht, begannen alle Konfliktparteien, den Waffenstillstand auszuhöhlen und den «eingefrorenen Konflikt» in einen heissen zu verwandeln. Saakaschwili glaubte, Südossetien und Abchasien mit amerikanischer Unterstützung wieder in seinen Besitz bringen zu können. Die abtrünnigen Gebiete hofften, mit Hilfe des grossen Bruders Russland die volle, international anerkannte Unabhängigkeit zu erreichen.

Georgien wie Südossetien hatten kein Interesse mehr an einer Verständigung, weil sie fest davon ausgingen, die Rückendeckung Washingtons beziehungsweise Moskaus zu besitzen. Die unmittelbaren Kontrahenten hätten zielgerichtet auf eine Eskalation hingearbeitet, heisst es im Bericht. Damit wurde die 13 Jahre tragfähige Waffenstillstandsver-



Georgische Einwohner auf der Flucht: Alle Seiten haben im Kaukasus-Krieg das Völkerrecht gebrochen.

GEORGE ABDALADZE / AP

einbarung obsolet. Moskau wiederum verfolgte eine Doppelstrategie. Einerseits bot der Kaukasus dem Kreml die Chance zur Revanche, nachdem sich die Nato auf dem Balkan mit der Abspaltung Kosovos durchgesetzt hatte. Zugleich setzte Wladimir Putin alles daran, die russische Position im Kaukasus zu festigen und Georgien zu destabilisieren.

Die seit 2006 andauernden Spannungen eskalierten im Jahr 2008. Alle Seiten griffen im Verlauf der gut zweieinhalb Jahre zu Methoden, welche die Tagliavini-Kommission als völkerrechtswidrig einstuft. Georgier und Südosseten unternahmen Anschläge und Mordaktionen und verstiessten damit gegen das Gewaltverbot der Uno-Charta. Russland wandte keine direkte Gewalt an, provozierte aber nicht minder: Wirtschaftlich setzte man Tbilissi unter Druck, indem man die Grenzen schloss und Versorgungsleitungen unterbrach. Im Frühjahr 2008 verstärkte Moskau seine Einheiten in der Region und reparierte die im Sezessionskrieg der neunziger Jahre zerstörten Gleise in Abchasien – und damit eine Route für den militärischen Aufmarsch gegen Georgien.

Russische Drohungen

Aggressive Äusserungen Putins unterstrichen die russische Drohkulisse gegen Georgien. Aber schon die Androhung von Gewalt, so hält die Kommission in Anlehnung an eine neue Auffassung im Völkerrecht fest, widerspreche

der Uno-Charta. Völkerrechtswidrig sei auch die massenweise Ausgabe von russischen Pässen an die Bevölkerung in Südossetien und Abchasien, weil damit die Staatlichkeit Georgiens untergraben werde. Nominell sind die Einwohner der Gebiete noch georgische Bürger. Ein Staat hat das Recht zu entscheiden, ob er eine Doppelbürgerschaft zulässt. Diese Aussage des Berichts ist brisant, da Russland auch auf der Krim freigiebig Pässe an ukrainische Bürger verteilt. Brüssel will die Ukraine an die EU heranführen und müsste daher diesen Angriff auf die ukrainische Staatlichkeit in Moskau zur Sprache bringen.

Untersucht wurde auch das fünfjährige Kriegsgeschehen, bei dem den russischen Truppen zunächst das Recht auf Selbstverteidigung zustand. Das Völkerrecht legitimierte sie jedoch nicht, die Demarkationslinie zu Georgien zu überschreiten und Städte im georgischen Kerngebiet zu bombardieren. Denn dies sei zur Selbstverteidigung weder notwendig noch verhältnismässig gewesen. Dasselbe gilt für den abchasischen Angriff auf das obere, von Georgien kontrollierte Kodori-Tal. Alle Seiten, besonders aber südossetische Milizen, verübten Brandschatzung, Geiselnahmen und Vergewaltigungen.

Die Analyse der Vergangenheit ist das eine – welche Folgerungen daraus für die Gegenwart zu ziehen sind, eine andere und ungleich schwierigere Frage. Tagliavini und ihre multinationale Expertengruppe sahen sich seit Beginn

ihres Mandats im letzten Dezember Druck ausgesetzt. Nicht nur die Konfliktparteien, sondern auch die EU-Länder formulierten unterschiedliche Erwartungen. Das deutsche Aussenministerium setzte die Einrichtung der Kommission und die Ernennung Tagliavinis durch, verband dies aber mit der unausgesprochenen Annahme, vor allem Saakaschwili werde an den Pranger gestellt. Andere EU-Staaten hingegen wollten Russland verurteilt sehen.

Kein Platz für Kompromisse

Der Dissens in der EU über den richtigen Umgang mit Moskau lähmte zu einem gewissen Grad auch die Tagliavini-Kommission. So verbat sich Brüssel Ratschläge der Experten, die ihre Empfehlungen nur indirekt, in Form von sogenannten Beobachtungen, aussprechen konnten. Sie schwiegen deshalb auch zu der politisch zentralen Frage, wie die EU-Beobachter in Georgien mit den Verstössen gegen das Waffenstillstandsabkommen von 2008 umgehen sollen. Namentlich Moskau verletzt dieses von der EU ausgehandelte Dokument, indem es weiter georgisches Territorium besetzt hält. Der Kreml bestreitet dies allerdings, auch Georgien leugnet seinen Anteil an der verfahrenen Situation. Im Kaukasus ist kein Platz für Kompromisse, weil jede Seite glaubt, im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein. Solange sich dies nicht ändert, wird die Region nicht zur Ruhe kommen.

Alle Seiten sehen sich bestätigt

Reaktionen Moskaus und Tbilissis

mac. Moskau · Russland und Georgien haben mit Erleichterung und verhaltener Zufriedenheit auf den Bericht der Diplomatin Heidi Tagliavini zum August-Krieg im Kaukasus reagiert. Das bedeutet allerdings nur, dass die beiden an der Auseinandersetzung massgeblich beteiligten Staaten nach wie vor völlig gegensätzlich auf die Ereignisse blicken. Beide sehen sich durch den Bericht in ihrer Wertung des Geschehenen bestätigt, indem sie hervorheben, was ihre Version unterstützt, und ausblenden oder als «widersprüchliche Interpretation» abtun, was quer zu den seither vertretenen Positionen steht. Selbstkritik findet sich weder in den Stellungnahmen aus Moskau noch in jenen aus Tbilissi.

Das russische Aussenministerium legte in einer schriftlichen Mitteilung den Schwerpunkt auf die Schlussfolgerung der Untersuchungskommission, Georgien habe mit seinen Kampfhandlungen in der Nacht vom 7. auf den 8. August die eigentlichen kriegerischen Ereignisse losgetreten. Für Russland ist dies eine grosse Genugtuung. Die Bewertung des russischen militärischen Vorgehens als zum Teil unverhältnismässig empfindet Moskau als «missverständlich», nennt mit Blick auf die im Bericht enthaltenen Gutachten aber diese Überlegungen «künstlich».

Auch die vom Bericht kritisierte Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens verteidigt das Aussenministerium. In einigen Formulierungen sei noch immer der «politisierte Zugang» zu den Ereignissen vom August 2008 in vielen EU-Ländern erkennbar – was in Russland so viel wie Voreingenommenheit bedeutet. Der regierungsnahe Politologe Wjatscheslaw Nikonow konstatierte aber, Russland trage nun klar das «kleinere Minus» als Georgien bei der EU.

Ebenso wie Russland sieht auch Georgien nur seine Sicht der Dinge bestätigt und erklärt ihm nicht gewogene Interpretationen für problematisch und widersprüchlich. In einer Telefonkonferenz wies die Sicherheitsberaterin Präsident Saakaschwilis und Aussenministerin während der Kriegstage, Eka Tkeschelaschwili, die Interpretation, Georgien habe den Krieg angefangen, als falsch zurück. Es gehe klar aus dem Bericht hervor, dass nicht Georgien die Schuld daran trage; die russischen Argumente würden als Lügen entlarvt.

Tkeschelaschwili betonte die entscheidende Rolle Russlands bei der Unterstützung und Aufrüstung der beiden Territorien und die andauernden Verletzungen des internationalen Rechts durch Moskau. Wo die Kommission, wie beim Einsatz der Raketenwerfer gegen Zchinwali, das georgische Vorgehen als nicht den Rechtsnormen entsprechend beurteilt, stellte Tkeschelaschwili Schwächen in der Analyse fest. Den politischen Kurs Tbilissis sieht sie durch die Erkenntnisse des Berichts nicht beeinflusst.